

12.01.2017, 15:05 | OTS0183 |

[Österreichische Buddhistische Religionsgesellschaft \(ÖBR\)](#)

„Kopftuchdiskussion ist kein zielführender Ansatz“, Stellungnahme der Österreichischen Buddhistischen Religionsgesellschaft

Wien (OTS) - „Es ist unbestreitbar, dass wir aktuell erheblichen gesellschaftlichen Problemen gegenüberstehen, auch mitbedingt durch weltweite Entwicklungen und Veränderungen innerhalb der islamischen Gesellschaft. Es handelt sich dabei - wie die lange Geschichte der Religionen zeigt - bedauerlicher Weise um immer wieder vorkommende unheilvolle Entwicklungen innerhalb von Religionen. In einer globalisierten und vernetzten Welt und auch durch die großen Migrationsbewegungen der letzten Zeit, ist unsere Gesellschaft ebenso unter diesem Einfluss und Teil dieser Entwicklungen. Bei derartigen Strömungen waren und sind die betroffenen Religionen in Folge auch Teil davon und haben daher die dringende ethische und gesellschaftliche Verantwortung und Pflicht, ebenso Teil einer friedvollen und gemeinsamen Lösung zu sein.

Wir alle, beginnend mit der Staatsführung, über die politischen Oppositionsparteien, bis zu den einzelnen Kirchen und Religionsgesellschaften, sowie allen Institutionen und jedem Einzelnen in der gesamten Zivilgesellschaft, haben die Aufgabe, hier die aktuellen Entwicklungen in positiver, hilfreicher und konstruktiver Weise zu beeinflussen und zu steuern. Ich habe daher auch volles Verständnis dafür, wenn unsere verantwortlichen Politiker innerhalb ihrer Ressorts in diesem Zusammenhang entsprechende Schritte planen und setzen. Es ist sogar ihre Pflicht, das zu tun und ich bin dankbar dafür.

Leider leben wir aber auch in einer Zeit, nicht zu Unrecht als postfaktisch bezeichnet, in der eine seriöse und zielführende Auseinandersetzung - um gute Lösungen zu erreichen - erschwert wird. Wir leben in einer Zeit, in der zunehmend radikalisiert und undifferenziert in Extremen gedacht wird, was uns die Möglichkeit nimmt, in Ruhe und mit Besonnenheit eine für alle Seiten gangbare Lösung zu finden.

Die aktuelle Diskussion über ein Kopftuchverbot für Musliminnen im Staatsdienst veranschaulicht diese Polarisierung sehr deutlich. Ich möchte diesem Ansinnen überhaupt keine unlauteren Motive unterstellen, aber dass eine solche Debatte nicht fruchtbar sein kann, sollte von den handelnden Stellen bereits im Vorfeld erkannt werden. Anstelle einer solchen Auseinandersetzung sollte klargestellt werden, worum es wirklich geht und darauf aufbauend sollten gemeinsame Lösungswege mit allen Betroffenen gesucht werden. Worum es ganz sicher nicht gehen kann, ist ein Ausschluss, ein Verbot oder eine Diskriminierung von Menschen muslimischen Religionsbekenntnisses. Der Islam gehört, wie 15 weitere Religionen, in Österreich zu den anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften. Daher darf es auch kein Verbot von Symbolen einzelner staatlich anerkannter Kirchen und Religionsgesellschaften geben - oder - dieses Verbot gilt grundsätzlich für die Symbole aller Kirchen und Religionsgesellschaften.

Ich glaube aber nicht, dass wir das wollen, sind wir doch mit unserer säkularen Lösung hier in Österreich in den letzten Jahrzehnten sehr erfolgreich gewesen. Und es ist wichtig dabei anzuführen, dass auch der Islam in Österreich Teil dieser Erfolgsgeschichte ist.

Das Kopftuch islamischer Frauen ist wohl das denkbar ungeeignetste Objekt, für eine konstruktive Auseinandersetzung über Probleme in diesem Kontext. Es ist ein von allen Seiten weit überfrachtetes Symbol, welches für jede Form von extremen Standpunkten ins Treffen geführt wird.

Anstehende Probleme sollten daher diskutiert werden, ohne sie an solchen belasteten Symbolen festzumachen. Ansonsten wird immer nur Reaktion und Gegenreaktion entstehen und jede Sachdiskussion unmöglich sein“, sagt Gerhard Weißgrab, der Präsident der Österreichischen Buddhistischen Religionsgesellschaft.

Rückfragehinweis:

Österreichische Buddhistische Religionsgesellschaft (ÖBR)

Tel.: 0043 1 512 37 19

office@buddhismus-austria.at

www.buddhismus-austria.at